

# Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei  
Tageblatt Riesa  
Herausg. 1937  
Postfach Nr. 23

Diese Zeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landeshauptmanns  
zu Großschönau befähigte bestimmte Blatt und enthält amtliche Bekanntmachungen des Finanzamtes Riesa  
und des Hauptzollamtes Weißen

Postfachkonto:  
Dresden 1680  
Verlag:  
Riesa Nr. 23

Nr. 39

Dienstag, 16. Februar 1937, abends

90. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, bei Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark, ohne Zustellgebühr, durch Postbezug Nr. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr), bei Abholung in der Geschäftsstelle Wochenkarte (6 aufeinanderfolgende Nr.) 65 Pfg., Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die gefaltete 48 mm breite mm-Zeile oder deren Raum 3 Rpf., die 90 mm breite, 8 gespaltene mm-Zeile im Textteil 25 Rpf. (Grunddruck: Petit 8 mm hoch). Bildergebühr 27 Rpf., tabellarischer Satz 60%. Aufschlag. Bei fernmündlicher Anzeigen-Bestellung oder fernmündlicher Abänderung eingehender Anzeigentexte oder Probeabzüge schließt der Verlag die Inanspruchnahme aus Mängeln nicht drucktechnischer Art aus. Preisliche Nr. 3. Bei Konturs oder Anzugsvergleich wird etwa schon bewilligter Nachschub hinsichtlich Erfüllungsort für Lieferung und Zahlung und Gerichtsstand ist Riesa. Höhere Gewalt, Betriebsstörungen usw. entbinden den Verlag von allen eingegangenen Verpflichtungen. Geschäftsstelle: Riesa, Goethestraße 20.

## Befriedungswert für die evangelische Kirche

### Ein Erlaß des Führers an den Reichskirchenminister — Einberufung einer verfassungsgebenden Generalsynode der Deutschen evangelischen Kirche

Der Reichskirchenminister für die kirchlichen Angelegenheiten, Kerrl, hielt am Montag dem Führer Vortrag über die kirchenpolitische Lage. Der Führer gab im Anschluß an den Vortrag folgenden Erlaß heraus:

Nachdem es dem Reichskirchenministerium nicht gelungen ist, eine Einigung der kirchlichen Gruppen der Deutschen evangelischen Kirche herbeizuführen, soll nunmehr die Kirche in voller Freiheit nach eigener Bestimmung des Reichskirchenministeriums sich selbst die neue Verfassung und damit eine neue Ordnung geben. Ich ermähne daher den Reichskirchenminister für die kirchlichen Angelegenheiten, zu diesem Zweck die Wahl einer Generalsynode vorzubereiten und die dazu erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Berchtesgaden, den 15. Februar 1937.

Der Führer und Reichskanzler  
(ges.) Adolf Hitler.

### Das Kirchenvolk soll selbst bestimmen

#### Zum kirchlichen Befriedungserlaß des Führers

Zu dem Erlaß des Führers über die Einberufung der verfassungsgebenden Generalsynode der Deutschen evangelischen Kirche ist zu sagen:

Als im Jahre 1933 nach der Machtübergang der Nationalsozialismus das deutsche Volk einigte, die Parteien zerbrach und die Länder unter die absolute Führung des Reiches brachte, da ergab sich von selbst die Frage, was aus der in zahllose kleine Landeskirchen zerstückelten evangelischen Kirche in Deutschland werden sollte. Denn es lag auf der Hand, daß der Einigung des Volkes und der Aufhebung der Länderhoheit auch eine gewisse Zusammenfassung der Landeskirchen hätte folgen müssen, um den alten Traum von der deutschen Einheit vollkommen zu erfüllen. Die Notwendigkeit dieser Zusammenfassung ergab sich von vornherein schon aus dem Gesichtspunkt, daß man schlechterdings nicht den territorialen Stand Deutschlands von 1806 in einer Zeit konvergieren und vereinigen kann, in der alles zu einer Einheit innerhalb Deutschlands strebt und die meisten Länder, in denen die Landeskirchen entstanden waren, bereits von der Landeshoheit verschlungen sind, während die übrigen ihre Länderhoheit haben aufgeben müssen.

Schon damals war der nationalsozialistische Staat klar darüber, daß ein Eingriff in das Bestehen der Kirche niemals in Frage kommen könne und der Nationalsozialismus lediglich den kirchlichen Frieden und die kirchliche Einheit in Deutschland wollte. So wurde, um der Kirche eine Spitze zu geben, unter deren Schutz sich vielleicht allmählich die Einigung der Landeskirchen hätte vollziehen können, ein Reichsbischof bestimmt. Die Einsetzung des Reichsbischofs und die Schaffung einer Spitze der deutschen evangelischen Kirche aus den Kräften der Kirche heraus führte jedoch nicht zu dem gewünschten Ziel. Um den Weg für eine Einigung frei zu halten, enthielt sich schließlich der Reichsbischof aller seiner Funktionen. Die Leitung der Kirche übernahm ein aus ergrauten

Kirchenführern bestehender Reichskirchenrat, dessen Mitglieder den verschiedenen Kirchenrichtungen nahe standen. Entsprechend dem Reichskirchenrat übernahmen in den vielen Landeskirchen Landeskirchenräte die geistliche Leitung. Die heißen Bemühungen des Reichskirchenrats und des Reichskirchenministeriums um eine Einigung innerhalb der evangelischen Kirche blieben erfolglos, weil die einzelnen Fronten sich inzwischen immer mehr verhärtet hatten und heute niemand mehr weiß, in welchem Maße das Kirchenvolk selbst sich zu den Befriedungen der einzelnen Richtungen positiv oder negativ verhält.

Es gehört nun zu den Grundzügen des nationalsozialistischen Staates, daß das Gesetz jedes Handlungsbereiches des Volkes ist. Dieser Grundsatz muß naturgemäß auch in einer so modernen Demokratie, wie sie das neue Deutschland darstellt, auf das Kirchenvolk Anwendung finden.

Genauso, wie das deutsche Volk gegenüber dem Staat in jedem Jahr Gelegenheit zu einer Willensäußerung erhalten hat, bekommt nun auch das Kirchenvolk Gelegenheit, durch die Annahme der Wahl einer verfassungsgebenden Generalsynode seinem Willen Ausdruck zu geben und selbst die Männer seines Vertrauens zu bestimmen, die nun auf dem Boden der Kirche eine Verfassung geben und auf Grund der Verfassung die Art der Führung der Kirche bestimmen sollen. Die Wahl wird unter kirchlicher Leitung und nur auf kirchlichem Boden stattfinden. Der Staat wird sich bis heute jeden Eingreifens in die Leitung der kirchlichen Dinge enthalten und auch auf die Wahl der verfassungsgebenden Generalsynode keinerlei Einfluß nehmen. Damit erhält die Kirche in Deutschland eine Freiheit, sich ihr Schicksal selbst zu bestimmen, wie sie dies in jedem Maße noch niemals befehlen hat. Damit ist auch dem Gewissen von einer Unterdrückung der Kirche in Deutschland ein Ende gemacht. Der nationalsozialistische Staat hat ausdrücklich den Schutz der christlichen Bekenntnisse garantiert. Der Führer hat durch diesen neuen Erlaß

wieder einmal unter Beweis gestellt, daß es dem Staat mit dem Schutz der christlichen Bekenntnisse ernst ist.

Nun ist der Weg frei für die Gemeinschaft der Gläubigen in der Deutschen Evangelischen Kirche. Nun können sie den ferneren Weg der Kirche selbst bestimmen und in ihrem eigenen Haus die Ordnung schaffen, um die nun vier Jahre innerhalb der evangelischen Kirche gerungen worden ist. Man darf mit Fug und Recht erwarten, daß jene — allerdings zahlenmäßig nicht sehr bedeutenden — Kreise innerhalb der Kirche, die zwar immer wieder ihre positive Einstellung zum Staat betonten, aber in der Praxis dem Staat in diesen Jahren so manches Leid zufügten und ihm vorzuenthalten versuchten, was ihm gebührt, die Großzügigkeit des Führers und des Reiches anerkennen. Man darf weiter erwarten, daß sie in tiefer Dankbarkeit alle ihre Kräfte darauf verwenden, sich auf der ihnen vom Führer gegebenen Basis entsprechend ihrer Verantwortung von Gott in der verfassungsmäßigen Generalsynode mit allen denen zusammenzufinden, die guten Willens sind, um endlich einem Zustand der Uneinigkeit ein Ende zu machen, der ganz ohne Zweifel schwere Gefahren für die Zukunft der Kirche heraufbeschworen hat.

Zu dem Erlaß schreibt die NSDAP u. a.: So sehr der nat.-los. deutsche Mensch gläubig in dieser Welt steht, so wenig Verständnis besitzt er für konfessionelle Streitigkeiten. Wer die großen Aufgaben unserer Zeit tätig mitlerbt und in ihr mit offenen Augen seinen Weg geht, dem mangelt völlig das Interesse an diesem, was in den letzten Jahren manche Gemüter auf konfessionellem Gebiet eingehend beschäftigt hat. Wenn der Führer nunmehr allen unfruchtbarsten Diskussionen durch eine klare Entscheidung ein Ende bereitet hat, dann mag das für die Deutschen evangelischen Kirche verdient haben, ein bedeutendes Ereignis sein. Jeder Deutsche aber ist von Freude und Genugtuung erfüllt, daß nunmehr dieses Kapitel abgeschlossen wird, indem die kritischen Fragen durch alle Angehörigen der evangelischen Kirche selbst geklärt werden. Jetzt bietet sich für manchen Gelegenheit, zu zeigen, daß er den Streit nicht um des Streites willen geführt hat, und daß er nach erfolgter Klärung seine privaten konfessionellen Meinungen und Interessen zurückstellt hinter dem größeren Interesse der inneren Geschlossenheit der deutschen Nation.

Wir wissen, daß die Millionen Deutscher protestantischer Konfession nichts fehnlicher wünschen, als daß ihnen der Glaube wieder das wird, was er sein soll, nicht Streitobjekt, sondern ein Quell innerer Kraft, der ihnen Mut und Ansporn zum tätigen Leben in der Gemeinschaft des Volkes verleiht.

## 4. Sächsischer Landesbauernntag

### Empfang durch die Stadt Leipzig

Leipzig. Zum vierten Male traten die sächsischen Bauern zu ihrem alljährlichen Bauernntag in einer sächsischen Großstadt zusammen, um damit die enge Verbundenheit zwischen Stadt und Land zu befestigen. Den Auftakt des 4. Sächsischen Bauerntages bildete am Montag nachmittag eine Kranzniederlegung durch den Landesbauernführer in Gegenwart der Mitglieder des Landesbauernrates am Erich-Sallie-Denkmal in Biederitzsch. Mit diesem Akt sollen Gedenksollen die sächsischen Bauern nicht nur das Andenken des im Kampf für die Bewegung ermordeten Jungbauern Erich Sallie ehren, sondern auch aller SA-Männer, die, wie Erich Sallie, durch ihren Opfertod der Idee des Führers zum Durchbruch und zum endgültigen Siege verholfen und daraus Kraft für die kommende Arbeit schöpfen.

Am Abend wurde der Landesbauernrat durch die Stadt Leipzig im neuen Rathaus empfangen. Als Vertreter der Oberbürgermeisters und Bürgermeister sowie den Vertretern der sächsischen Bauernschaft den herzlichsten Willkommen. Er entbot ihn nicht nur als Behördenvertreter, sondern auch als Parteigenosse und als deutscher Mensch, der in den Anfängen der Bewegung seine schönsten Erfolge gerade in Bauernversammlungen hatte. Diese Versammlungen hätten ihm die Erkenntnis gebracht, daß das Schicksal des Dorfes und das Schicksal der Großstadt untrennbar miteinander gekettet sind. Auch wenn die kulturellen Leistungen heute noch mehr in der Stadt konzentriert seien, so sei das mit einer Leistung des Dorfes, denn das Land habe Jahrhunderte hindurch seine besten Kräfte an die Großstädte abgegeben. Wenn daher eine Tagung der deutschen Bauern in einer Großstadt stattfindet, so könne sie nicht besser ausgenutzt werden, als sie in einem Gelände der Zusammengehörigkeit, in einem Gelände zum Gemeinheitsgedanken und zur Einigkeit zu-

ammenhängen zu lassen. Wir gehen, schloß Bürgermeister Haake, den Weg der Gemeinschaft nicht gezwungenermaßen, sondern aus glühendem Herzen heraus in dem Glauben, daß dieser Weg, den uns Adolf Hitler führt, der richtige für heute und alle Zukunft ist.

Anschließend trug sich der Landesbauernführer Adner in das Goldene Buch der Stadt Leipzig mit dem Wahlspruch ein: „Das Bauerntum ist die Grundlage der Nation“. Sodann legte der Landesbauernführer die Gründe auseinander, die das sächsische Bauerntum veranlassen haben, seine großen Arbeitsleistungen nicht in Großstädten abzuhalten. Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung sei das Bauerntum in Sachsen nur eine geringe Rolle, da es nur 8 Prozent der Bevölkerung ausmache. Diese 8 Prozent bayerische Bevölkerung seien aber stolz auf ihre großen Leistungen und gingen aus diesem Stolz heraus in die Großstädte hinein, um auch der Stadtbevölkerung die Leistungen zu zeigen. Durch die Veröffentlichungen des Reichsnährstandes sei nachgewiesen, daß gerade die Landesbauernschaft Sachsen mit ihren Leistungen noch über vielen anderen deutschen Landesbauernschaften steht, daß sie also den Leistungsvorprung, den Gauleiter Rutschmann von der sächsischen Wirtschaft und von den sächsischen Menschen verlange, schon in sich verdrängere. Sie habe den Leistungsvorprung gerade deshalb, weil sie nur 8 Prozent der Bevölkerung umfasse und dadurch genötigt sei, auf allen Gebieten intensiv zu wirtschaften und ihr Bestes zu leisten.

Die Ernährung aus eigener Scholle, fuhr der Landesbauernführer fort, könne nicht aus dem Bauern ab, sondern auch vom Verbraucher. Die Ernährungslage umfasse deshalb nicht nur die Mehrerzeugung und die bessere Erhaltung und Verwertung des Erzeugnisses, sondern verlange auch eine neue Haltung, wie sie die große Erziehungsschule der Nation, die nationalsozialistische Bewe-

gung, vermittele. Die Tagung in Leipzig solle dazu dienen, Fehler zu erkennen, zu besprechen und daraus die Folgerungen zu ziehen in der Erkenntnis, daß man in einer solchen Zeit, wie sie Deutschland durchlebt, nie genug lernen kann. Das sei auch das Arbeitsprogramm, das sich das Bauerntum in Sachsen für das nächste Jahr stelle.

Der Landesbauernführer schloß mit dem Gedanken an die Ermordeten der Bewegung und dem Gruß an den Führer, unsere ewigen Wähler und Erzieher. Die Wieder der Nation gaben dem Treueschwur die Weisheit.

Die sächsische Arbeit des vierten Sächsischen Bauerntages begann heute Dienstag vormittag mit einer

### Tagung für Körnermaisbau

Maßnahmen zur Förderung des Körnermaisbaues im Rahmen der Erzeugungsfläche" behandelte Landwirtsschaferat Dr. Engelmann, Dresden.

Er ging davon aus, daß das Getreide unserer Nation sich im Laufe der Zeit schon mehrere Male grundlegend geändert habe, so vor 200 Jahren durch die Aufnahme des Hartweizenbaus, vor 150 Jahren durch den Neubaue und später durch den Rübenanbau. Heute trete der Körnermaisbau seinen Siegeszug in Mitteldeutschland an. Obgleich der Mais zu den Getreidearten gehöre, bringe er betriebswirtschaftlich alle Vorteile einer Hackfrucht mit sich. In seinem Stroh, das einer mittleren Dürre gleichwertig sei, liege seine Bedeutung als Futterpflanze. Damit sei eine Vielseitigkeit in der Nutzung gegeben, wie sie bei keiner anderen Kulturpflanze erreicht werde. Planmäßige deutsche Pflanzenzüchtung habe dem Großanbau von Mais die Wege geebnet. Wenn es noch vor zehn Jahren beim Mais in Mitteldeutschland so aussah wie heute bei der Sojabohne, so würden infolge des Anstieges eines hohen Ertrags die Maisanbauflächen in den nordöstlichen Gebieten fastartig steigen und damit diese Böden endlich von dem unsicheren Hafer erlöst werden. Im Gebiet der Landesbauernschaft Sachsen müsse in einer Zone, die sich auf die Kreisbauernschaften Borna, Leipzig, Grimma,